

TOP 3.4.1 EU-Länderbericht 2016 – Bildung und Integration

Der EU-Länderbericht stellt gleich einleitend fest, dass „der Bildungserfolg junger Menschen in Österreich, insbesondere jener mit Migrationshintergrund, nach wie vor stark von ihrem sozioökonomischen Hintergrund beeinflusst wird. Ein ungenutztes Bildungspotenzial hat niedrigere Beschäftigungsquoten zur Folge, und Qualifikationsdefizite stellen ein Hindernis für das Wirtschaftswachstum und die erfolgreiche Integration von Zuwanderern dar“.

Weiters stellt die EU-Kommission fest, dass die schulischen Leistungen junger Menschen, die sozioökonomisch benachteiligt sind und/oder einen Migrationshintergrund aufweisen, weiterhin deutlich schlechter als die anderer SchülerInnen sind. Die Quote der frühen SchulabgängerInnen ist zwar in den letzten Jahren kontinuierlich gesunken und liegt weit unter dem EU-Durchschnitt (7,0 % gegenüber 11,1 % im Jahr 2014). Allerdings ist die Wahrscheinlichkeit, dass im Ausland geborene SchülerInnen die Schule frühzeitig verlassen, immer noch dreimal so hoch wie bei in Österreich geborenen Jugendlichen (14,9 % gegenüber 5,7 % im Jahr 2014). Während der Anteil junger Menschen, die sich weder in Beschäftigung noch in Aus- oder Weiterbildung befinden (NEET), im Jahr 2014 mit 7,7 % zu den niedrigsten in der EU zählte, war er unter außerhalb der EU geborenen Jugendlichen mehr als doppelt so hoch wie unter einheimischen (16,1 % gegenüber 6,8 %). In dieser Hinsicht schneidet Österreich laut Eurostat-Daten schlechter ab als vergleichbare Länder wie Dänemark (7,8 % gegenüber 5,6 %) und Schweden (9,5 % gegenüber 6,7 %).

Die Intergenerationenmobilität im Bildungsbereich ist relativ schwach ausgeprägt. Österreich ist eines der wenigen Länder, in denen Zuwanderer der zweiten Generation schlechter abschneiden als jene der ersten: Nur 29 % der 25 - 64-Jährigen, die über einen Bildungsabschluss verfügen, haben ein höheres Ausbildungsniveau als ihre Eltern. Damit liegt Österreich auf Platz 23 der 23 Länder, für die Daten zu diesem Indikator verfügbar sind.

Frühkindliche Bildung und Erziehung und ganztägige Schulformen können negative sozioökonomische Auswirkungen abfedern helfen, sofern sie qualitativ hochwertig sind und ihre Verfügbarkeit gewährleistet ist.

Kinder aus benachteiligten Bevölkerungsschichten sind häufig nur schwer zu erreichen. Im Bereich der frühkindlichen Bildung und Erziehung fehlt es an einem umfassenden nationalen Lehrplan und angemessen ausgebildetem Personal. Die Kommission bemängelt, dass Österreich als einer der wenigen Staaten die Ausbildung von PädagogInnen im Bereich der frühkindlichen Bildung und Erziehung generell nicht auf Ebene des Bachelors oder Masters ansiedelt.

Weiters wird festgestellt, dass sich verschränkte Ganztagschulen nur langsam verbreiten. Im Schuljahr 2012/2013 besuchten nur 2,4 % der 6- bis 14-Jährigen eine Ganztagschule. Mit der Einführung der neuen Mittelschule (NMS) konnten die negativen Auswirkungen des sozioökonomischen Hintergrunds bislang noch nicht wie erwartet abgedeckt werden.

In den letzten Jahren wurde durch die Schulaufsicht, die Schulleitungen, in der PädagogInnenbildung und deren dokumentierte Maßnahmensetzungen sowie in diversen außerschulischen Bildungsbereichen besonderes Augenmerk auf die Vermittlung der Kulturtechnik Lesen gelegt. Dennoch waren die Ergebnisse in internationalen Assessments enttäuschend (ca. 20 % der österreichischen SchülerInnen zählen zur Risikogruppe). **Die Erreichung der EU-Benchmark 2020 („Der Anteil der „schlechten“ LeserInnen soll unter 15% liegen“)** erfordert weiterhin ein zielgerichtetes Vorgehen. Das aktuelle Arbeitsprogramm der österreichischen Bundesregierung betont daher, dass die Lesekompetenz zu stärken ist.

Die Kommission merkt positiv an, dass sich Österreich der Bedeutung eines verbesserten Bildungserfolgs durch eine Qualitätssteigerung bei der Pflichtschulbildung und der frühkindlichen Bildung und Erziehung zunehmend bewusst ist. Die Reformvorschläge von November 2015 enthalten laut Länderbericht einige Schlüsselemente, um diesen Herausforderungen zu begegnen. Bereits sehr früh (im Alter von 3½ Jahren) soll für jedes Kind eine verpflichtende Potentialanalyse erstellt werden; darüber hinaus wird ein zweites verpflichtendes Kindergartenjahr für Vierjährige mit einer neuen Übergangsphase zwischen Elementarbildung und Grundschule verbunden.

Letztlich hält die Kommission fest, dass der zuletzt starke Zustrom von Flüchtlingen und MigrantInnen auch zu neuen Herausforderungen für das Bildungssystem führt. Für junge Flüchtlinge und MigrantInnen, die nicht mehr im schulpflichtigen Alter sind, werden angemessene Bildungsangebote benötigt, die bislang noch nicht vorhanden sind. Gegenwärtig müssen etwa 6.000 Kinder in das Pflichtschulsystem integriert werden, wofür zusätzliche Ressourcen nötig sind: Aus- und Weiterbildung für Lehrkräfte, mehrsprachige Klassen und professionelle Unterstützung für traumatisierte Kinder. Zudem ist eine bessere Integration erzieherischer und sozialer Dienste sowie eine Aufstockung des psychologischen Betreuungspersonals im Bildungssystem erforderlich. Ein entscheidender Faktor für den künftigen Erfolg im Bildungssystem ist die ausreichende Kenntnis der deutschen Sprache. Die Zahl der Kinder, die die Unterrichtssprache nicht ausreichend beherrschen, stieg bereits in den Schuljahren 2011/2012 und 2013/2014 deutlich an: in den Grundschulen um 15 %, in der Sekundarstufe I um 38 % und in den Gymnasien um 31 %.

Die Aussagen des Länderberichts 2016 decken sich mit den Analysen und Forderungen der AK. Bildungsreformen auf allen Ebenen mit einer sozialindizierten Ressourcenverteilung müssen dringend angegangen werden, damit unser Bildungssystem chancengerechter wird und alle Jugendlichen bessere Qualifikationen erlangen und somit mehr Chancen auf dem Arbeitsmarkt haben.